

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 54.

Donnerstag, den 5. März 1903.

14. Jahrgang.

Ein Geburtstag.

Wierzig Jahre waren am 1. März verfloßen, seit binand Laffalle sein berühmtes „Offenes Antwortschreiben“ des Leipziger Arbeiterkomitees erließ.

Eine kleine Schrift, kaum zwei Bogen stark und doch mit gewaltiger Wirkung! Man hat sie die „Stiftungs- und des deutschen Sozialismus“ genannt, und sie war es nämlich in dem Sinne, daß sie den ersten Sammelplatz der selbständigen politischen Arbeiterorganisation in Deutschland schuf; daß sie — wie Luthers Thesen zur Kostrennung Rom führten — das deutsche Proletariat losriß von der Hand der Fortschrittler, der Bourgeoisie und auf eigene Füße stellte, die Bildung einer selbständigen proletarischen Partei herbeiführte.

Ein Größerer als Laffalle, tiefer blickend und weiter wend, hatte schon Jahrzehnte früher die geistigen Fundamente des Sozialismus errichtet und die internationale sozialistische Proletarierbewegung in Fluß gebracht. In hellerem Lichte des Marxismus zerfielen manche Anschauungen Laffalles, in seinem „Antwortschreiben“ als Nebengedanken eingepreßt sind. Aber dieser Einsicht lag dem Grundgedanken des Eintrags, den der lapidare Satz enthält: „Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen.“

Eigentlich sind es zwei Fundamentalgedanken, die in dem Satz enthalten sind.

Zuerst derjenige, der in unserer Parteisprache mit dem Begriff „Klassenbewußtsein“ bezeichnet wird; die Erkenntnis des scharfen Interessengegensatzes zwischen den Interessen der arbeitenden und der bürgerlichen Klasse. Diese Einsicht mußte den Arbeitern „offenbar“ werden, um sich darüber zu klären, daß die Bürgerlichen nicht Vertreter der Arbeiterinteressen sein können, so wenig wie Hausbesitzer Vertreter der Mieterinteressen. Gewiß gab und giebt es gemeinsame Interessen beider Klassen, z. B. den Feudalen gegenüber. So lange in Deutschland der Kapitalismus noch in der Kindheit und das Bürgertum selbst noch unterdrückt war und als solche gegen Absolutismus, Junkertum und Bürokratie zu kämpfen hatte, ein Kampf, der im Interesse beider Klassen lag, kam den Arbeitern der Gegenseitigkeit ihren und den bürgerlichen Interessen nicht zum Bewußtsein und sie ließen sich von den Bürgerlichen ins Spiel nehmen, bildeten den „Schweiß der Fortschrittspartei“, die sich von ihnen die Kasernen aus dem Feuer nehmen ließen und lediglich auf ihre eigenen Vorteile bedacht waren, die Interessen der Arbeiter nicht allein vernachlässigend, sondern direkt bekämpfend, wo diese den übrigen in die Quere kamen.

Laffalle war weit entfernt, jegliche Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Arbeiterchaft zu verneinen, aber er

klärte sie über die hieraus entsprungene Täuschung auf, in der sie noch befangen waren und sagte ihnen: „Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei sein.“

Der andere Grundgedanke Laffalles ist das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht als „prinzipielles Lösungswort und Banner“ der Arbeiterpartei. Unablässig, unermüdet sollen die Arbeiter für dasselbe agitieren, ruft er ihnen zu: „Pflanzen Sie diesen Keim fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Wögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Je mehr das Echo ihre Stimme millionenfach wiederhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.“

Ungeachtet der bevorstehenden Reichstagswahlen dürfen diese Sätze wohl aufgeschrieben werden. Sie sind noch lange nicht veraltet.

Aber haben wir denn nicht schon dieses Stimmrecht?

Nein.

Das bestehende Stimmrecht kann das unmöglich leisten. Es erstreckt sich nur auf das Reich, aber nicht auf die Einzelstaaten und Kommunen. In allen Dingen, die der Reichsgesetzgebung entzogen sind, giebt es kein gleiches Arbeiterstimmrecht: Großgeldsack und Geburtsaristokratie haben das Recht der Gesetzgebung in Händen. Und des Reiches währt gern die Erfüllung von Arbeiterforderungen auf die Einzelstaaten ab. — Und im Reich selbst? Der Widerstand des Bundesrats kann die Beschlüsse der Volksvertretung parieren, wie er es z. B. mit den Vätern schon x-mal getan. Was hilft ein allgemeines Stimmrecht, wenn es am Widerspruch einer höheren Instanz scheitert? Der Graf Pofadowsky möge daran allein schon erkennen, weshalb die Sozialdemokratie ihren Republikanismus nicht in den Silberstrahl stellen kann, wie er sie neulich angepredigt hat. — Und wird nicht das allgemeine Stimmrecht durchschert durch verwerfliche Praktiken allerlei Art, die wir nicht namhaft zu machen brauchen und ohne welche die Sozialdemokratie im Reichstage nicht bestehen würde?

Hat nicht die reaktionäre Majorität der Reichstagsmajorität die proletarischen Vertreter des allgemeinen Stimmrechts verewaltigt, um den Budgetarist durch einen parlamentarischen Staatsstreich unter Dach zu bringen, bevor das allgemeine Stimmrecht sein Votum darüber abgeben konnte?

Eine flamende Mahnung fürwahr ist Laffalles Antwortschreiben für die gesamte Arbeiterschaft von heute, ihre Volkskraft, die ganze Wucht ihrer moralischen Energie und Intelligenz einzusetzen für den kommenden Wahlkampf.

Politische Uebersicht.

Ein interessanter Nebekampf fand am Mittwoch im Reichstag zwischen dem Eisenbahngeneral Rüdke und dem Vertreter des Wahlkreises Breslau-West, Abg. Bernkeim, sowie dem Genossen Stolle statt. Wir verweisen unsere Leser auf den ausführlichen Bericht und sind überzeugt, die Neben unserer Genossen werden bei den Eisenbahnarbeitern allerorts die lebhafteste Zustimmung finden.

Einen seltsamen Strafbefehl hat das Amt Rixdorf, Kreis Pion, ausgereicht. Nach der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, unserem Kieler Parteiorgan, lautet es also:

Nr. 11 der Strafliste des Jahres 1903. Rixdorf, den 3. Februar 1903.

Sie haben sich als Gefelle bezeichnet, ohne den Nachweis über die besondere Fällung erbracht zu haben.

Die Uebertretung wird bewiesen durch amtliche Feststellung. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 369, § 8 R.-Str.-G.-B. eine bei der hiesigen Kantonsklasse zu erlassende Geldstrafe von 3 (drei) Mark, an deren Stelle, wenn Sie nicht beigetragen ist, eine Haft von 1 (einem) Tage hiedurch festgesetzt, auch haben Sie Ihre Legitimationspapiere berechtigen zu lassen.

(Folgt der Hinweis auf den dem Missetäter offen stehenden Weg der gerichtlichen Entscheidung.)

Amt. Stempel.

Der Amtsvorsteher: Schröder.

An den Maurer-gehilfen Herrn R. R. in D.

Nun lautet der angezogene Paragraph:

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft: 1. Wer unbesatz eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszweck, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt, oder Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt, ingleichen, wer sich einem ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient.“

Es wäre interessant, zu erfahren, ob der biedere Amtsvorsteher von Rixdorf die Bezeichnung Gefelle als eine Uniform, Amtskleidung, Amtszweck, Orden oder Ehrenzeichen, Titel, Würde oder Adelsprädikat ansieht. Und da sage noch einer, der Humor sei ausgestorben.

Neue Enthüllungen aus der Budget-Kommission. Bei dem „Artillerie- und Waffenwesen“ brachte Abg. Müller Hulda noch einmal das Verhältnis unserer Militärverwaltung zu der Firma Krupp und deren Konkurrenzfirmen zur Sprache.

Er und noch ihm mehrere andere Abgeordnete erklärten, sie hätten aus den bisherigen Debatten den Eindruck, daß die Firma Krupp von der Militärverwaltung viel zu viel begünstigt werde. Es habe sich ein großer Unternehmung herausgebildet, der die Preise für Geschütze, Geschosse, Pulver usw. ganz ungeheuer hoch festsetze. Sobald es gelungen sei, diesen Unternehmern eine Konkurrenz entgegenzustellen, seien die Preise bedeutend herabgesetzt worden. So seien bei einer einzigen Fabrik durch die Konkurrenz die Preise von 4 Millionen auf 2 Millionen herabgedrückt worden. Der Kriegsminister v. Hofler bestätigte, daß die Militärverwaltung unter dem Druck der Konkurrenz mehrere Betriebe gegenüber die Preise ganz erheblich habe herabsetzen können. Des-

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst v. Wolzogen.

Kochdruck verlesen.

Dreizehntes Kapitel.

welchem die geneigte Leserin erleben wird, welche ein Segen eine sorgliche Schwiegermutter für eine unerhörte junge Frau sein kann und anderes mehr, worüber sie sich entsetzen wird.

Man glaubte es anfangs mit einem Nervenleiden zu tun zu tun, doch diese Befürchtung erwies sich bald als grundlos. Das war nicht schon nach zwei Tagen und es blieb bloß die Erwartung ein allgemeiner hysterischer Zustand zurück. Es lag also wohl eine starke Exzitation vor, aus der man weiter nicht viel Befehls machen konnte.

Da trat am fünften Tage, als Charlotte schon wieder das Bett verlassen und im Hause umherzugehen begonnen hatte, eine ganz merkwürdige Wendung ein. Sie lagte plötzlich über heftige Kopfschmerzen, Uebelkeit und Schwindel in allen Gliedern. Sie mußte sich zu Bett begeben — und am anderen Morgen vermachte sie nicht zu erheben. Sie war wie gelähmt; der junge Arzt aus Altona stand ratlos vor diesem Fall; er war noch nicht lange der Universität fort und wußte daher noch nichts. Man ließ die hochbetagten Herrn Kollegen kommen, aber der war schon zu dem von der Universität fort und wußte daher nichts mehr. Die Herren einigten sich schließlich auf einen sehr schwer zu behandelnden griechisch-lateinischen Ausbruch, welchen sie dem besorgten aber mittelsten mit der tollkühnen Gewissheit, daß dieser doch nicht lange sein würde, ihn weiter zu verorten. Und dann übertrug die weitere Behandlung dem ehrwürdigen alten Herrn, welcher die weitere Behandlung dem ehrwürdigen alten Herrn, welcher die weiteren mit Säuretransalbe, Applikation aromatischer Kräuter und unendlichen Gebrauch einer harmlosen, süßsauren Lösung zur beobachtete.

Arbeiter hatte kein ganz gutes Gewissen bei der Sache. Es war unheimlich möglich, daß das offenbar nervöse Leiden psychischen Ursprungs und durch die Aufregung über den häßlichen Ausbruch mit dem Pofahl und die demagogische heftige Erklärung zum Ausbruch kommen war. Er zeigte sich zwar sehr besorgt und rüchrichtvoll, er war doch viel zu ungeschicklich, um einen guten Krankenpfleger zu sein. Auch Charlotte vermochte in ihrem Zustande nicht, ihre Verhältnisse gegen ihn zu verbergen und ließ es ihn deutlich sehen, daß ihr sehr Anwesenheit am Krankenbette ebenso wenig nützlich war, wie die seiner Mutter. Und so erfüllte er denn ganz

ihren Wunsch, ihre Schwester Hedwig Pflummer zur Pflege herbeizurufen.

Drei Tage vergingen noch bis zur Ankunft der Frau Pflummer. Und in diesen drei Tagen wichen die Schwiegermutter und die Tante kaum von Charlottens Krankenlager. Sie sollte sich nicht bei der Schwester über Mangel an liebevoller Pflege beklagen dürfen. Das Tantechen beschäftigte sich trotz Charlottens Pro.ekt vorwiegend mit der Spendung geistlichen Trostes, während Frau von Klingenberg praktisch vorgeht und nicht nur die Bereinigung der Krankensuppen und Anwendung der vorgeschriebenen Heilmittel überwacht, sondern auch als Frau von Charakter und Erfahrung die schwere Aufgabe übernahm, die Kranke schonend vorzubereiten auf den immerhin möglichen Fall, daß sie ohne Lebenserben in ein besseres Jenseits abberufen werden sollte. Sie wählte eine Fülle von tatsächlichen Fällen aus ihrer Erfahrung aus, wo Leute, die sich hartnäckig geweigert hatten, rechtzeitig ein Testament zu machen, ganz plötzlich gestorben, während diejenigen, die in schweren Krankheitsfällen ihrer Pflicht nachgekommen, wie durch ein Wunder genesen seien.

„Sieh mal, mein liebes Pottchen“, redete sie ihr überaus freundlich zu: „Ich kenne ja die Gesetze so genau nicht, aber so viel ich weiß, kriegt Dein lieber Mann nichts oder höchstens ein Viertel Deines Vermögens, wenn Du, was Gott verhüten möge, ohne Kinder von uns genommen werden solltest. Du mußt doch bedenken, daß er doch nur Deinvermögen das ganze Haus und die Wirtschaft mit so großen Kosten auf den Kopf gestellt hat. Ich hab ihn ja so einfach und beiseite gezogen, daß er ohne Dich ganz zufrieden so weiter gelebt hätte wie bisher. Aber jetzt natürlich, wo alles so einem großartigen Ausbruch bekommen hat, jetzt ist es auch mit seiner Anwartschaft vorbei. Nun ja, gewiß, beruhige Dich nur, ich mache Dir ja gar keinen Vorwurf daraus, Gott behahre! Der Mensch will sich doch verbessern. Das höhere Streben ist ja auch was ganz Berechtigtes; aber denke doch bloß die Blamage vor der ganzen Nachbarschaft, wenn wir auf einmal die schönen Sachen alle verkaufen und wieder dreimal die Woche köstlich mit Süßigkeiten auf den Tisch bringen müßten, wie früher. Du mußt auch ja nicht etwa denken, daß er gleich wieder heiraten würde! Nein, das tut er bestimmt nicht. Du weißt gar nicht, wie sehr er Dich liebt — er hat mir's erst gestern gesagt. Mutterchen“, hat er gesagt, „weun Pottchen stirbt, dann weiß ich nicht, was passiert.“ Wie ich heiratete, hab ich gleich ein Testament gemacht und am Hochzeitsstage unterschrieben. Mein Mann verlangte das so — der war eben nicht so gartücheln wie Arndtchen. Aber was hat er denn auch schließlich davon, wenn er einmal das Unglück da ist? Wenn ich damals nicht gleich mein Testament gemacht hätte, wär' ich gewiß schon im ersten Wochenbett demgegangen und dem Kummer mit Friedrich Karl hätte ich gewiß nicht überlebt. Und wenn's wirklich zum Schlimmsten kommen soll,

wie kann denn eine Frau ruhig sterben, mit dem Bewußtsein, daß sie einen unversorgten Gatten hinterläßt und seine alte Mutter in Kummer und Sorgen!“

Diese traurige Vorstellung entpögte ihr reichliche Tränen und sie mußte eine unständliche Schmeizung vornehmen, bevor sie weiter zu reden vermochte. „Denke doch bloß mal an, mein lieber Schatz, wenn Dein Mann nichts ist und nichts hat und die Gerechtigkeit kommen und tragen die schönen Möbel wieder weg und das Silberzeug und die kostbare Wäsche, da kann er doch garnicht dran denken, jemals wieder eine anständige Partie zu machen. Und dann werden die Klingenbergs überhaupt aus. Das wüßt Du doch nicht wollen — wo er sich doch schon so auf Kinderbesitzen gefreut hat! Was ist Dir denn? Was hast Du denn? Du bist wohl gar nicht zu?“

Charlotte wußte sich unruhig hin und her. „Ja ja, ich höre,“ rüchste sie verzweiflungsvoll. „Aber ich habe so entsetzliche Kopfschmerzen, ich kann jetzt nicht denken.“

„Sei ich vielleicht reineschiden und den Notar kommen lassen?“

„Nein, nein“, rief Charlotte, ungeduldig auf die Bedenke schlagend: „Koch mir lieber einen Arzt kommen, der etwas versteht.“ „Ach geh, verständige Dich nicht, der Müller ist doch Kreisphysikus. In fünf Jahren wird er sein fünfzigjähriges Jubiläum feiern als Doktor. Wenn der nichts versteht soll, dann weiß ich nicht...“ Ich hab ihn bei Arndt und bei Karola gehabt, ich kann Dir nur sagen, da is alles gegangen wie geschmiert und ohne Karbol und Teraalerei, wie sie's heututage machen. Man muß der Natur ihren Lauf lassen, sagt Doktor Müller, und damit hat er ganz recht. Ich bin nie krank gewesen, so alt wie ich bin und Nerven kenne ich nicht, wo ich doch gewiß tüchtig was auszuhalten getobt hab im Leben. Und Frau Pofahl, die beim sechsten den Doktor Friedrich gehabt hat — na wie die heruntergekommen is, das is doch 'n Jammer. Jetzt beim siebenten muß sie auch wieder Doktor Müller nehmen...“

Vier unterbrach das Tantechen ihren Redeichwall, welches bisher schweigend zugehört, oder vielmehr aufmerksam im neuesten Dekt der „Balsaminen“ gelesen hatte. „Es tut überhaupt nicht gut, wenn man seine Hoffnung in schweren Lebensnöten auf die irdischen Kräfte setzt“, sprach sie mit sanfter Mahnung. „Wenn sie überhaupt was helfen können, dann ist es doch nur der liebe Gott, der ihre Medizin segnet. Der liebe, selige Onkel Viktor pflegte auch immer zu sagen: „Behüt' uns Gott vor Doktors Willen, der Herr wird meine Notdurft stillen.“

Es war ein Glück für die arme Charlotte, daß bald darauf Arndt erkrankte und die beiden Damen zum Krankenzimmer hinauskomplimentierte. Er brachte eine Depesche von Frau Pflummer mit, worin diese ihre Ankunft für den nächsten Abend anzeigte. —

(Fortsetzung folgt.)

hald sei die Militärverwaltung nicht darauf bedacht, die Konstruktoren unter den leistungsfähigen Fabriken zu erhalten. Die Sache sei jedoch deshalb besonders schwierig, weil die Konstruktoren für leicht verständigen und dann die Preise sehr hoch festsetzen können.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch der Etat der Bauverwaltung zu Ende beraten. Eine längere Debatte rief allein ein Antrag des freisinnigen Abg. Viersch hervor, der die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Regelung der Bauarbeiterlöhne namentlich im Hinblick auf die Unfall- und Krankheitsversicherung aufforderte und zu dem der Zentrumsgesandte Schwarzepfaff ein Amendement beantragt hatte, wonach die Regelung der Frage auch im Wege der Verordnung, jedoch mit Zustimmung der Regierung erfolgen könnte. Man einigte sich schließlich auf das Amendement Schwarzepfaff. Der Antrag Viersch wurde zurückgewiesen. Von der Regierung war geltend gemacht worden, daß sich der Zweck der Anträge besser auf dem Verordnungsweg erreichen lasse, weil die einschlägigen Verhältnisse in Stadt und Land zu verschieden und vielgestaltig seien.

Die Wurmkrantheit. Dem „N. N.“ wird aus Offen gemeldet: Das gesamte Zentrum des Ruhrbezirks von Gelsenkirchen bis Dortmund, sowie vom Eschweilerfluß bis an die von Dortmund nach Eilen führende Eisenbahnlinie, ist von der Wurmkrantheit ergriffen, die ständig weitere Fortschritte macht. — So lange hat man die Grabenspektoren durch Vergleite abgesehen, jetzt sind die traurigen Folgen davon zu spüren.

Kein Mäxtrist. Die „Berliner Korrespondenz“ erzählt: Die Mäxtrist, der zufolge mehrere Eisenbahndirektionsvorstände die Verlegung in den Ruhrbezirk nachgesucht hatten, weil sie sich der Kontrolle durch die vom Eisenbahnminister für die Prüfung der Dienstleistungen und Wohlfahrtsberichtigungen eingefügten Kommissionen nicht unterwerfen wollten, entbehrt, soweit sie sich auf die Ursache des Abgangs der Beamten bezieht, jeder Begründung.

Augen rechts! In seinem Vortragsentwurf, der die Reorganisation der preussischen Landtags-Wahlkreise vorschlägt, schlägt die „Freis. Ztg.“ die Konfessionen damit, daß auch sie dabei Mandate gewinnen könnten. Wenn Berlin 21 Abgeordnete erhält und diese auf 10 bis 12 Wahlkreise verteilt werden, so haben in einzelnen dieser Kreise die Konfessionen Aussicht, die Mehrheit zu gewinnen, während sie jetzt gänzlich leer ausgehen. Technisch verhalte es sich mit Teilen-Berlin, dessen beide Mandate voraussichtlich in diesem Jahre den Konfessionen verloren gehen werden. Was für diese partei Mäxtrist auf die Reorganisation aufzwingt, verrät der Volksmann mit den Worten: Wenn freilich die Rechtsparteien mit bisher fortzuführen, die freisinnige Partei bei den Wahlen auch dort tätig zu bekämpfen, wo eine partei sozialdemokratische Partei im Vordergrund steht, so können die Sozialdemokraten in einzelnen Teilen von Berlin einen bestimmten Einfluß auch auf die Landtagswahlen gewinnen. Ehe der große Augen der so weit überwiegen sozialdemokratischen Bevölkerung Berlin auch nur einen sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten ausspricht, wünscht er lieber die Reorganisation „Augen rechts!“

Wegen Verleumdung des Prinzen Joachim, jüngsten Sohnes des Kaiserpaars (17½ Jahre alt), war ein Räteentscheid von der Strafkammer in Elbing am 1. März 1903 ergangen, in dem Urteil in sechs Wochen Gefängnisstrafe umgewandelt.

Die Kommission zur Vorbereitung der Reichs- und Provinzialversicherungs-Gesetze hat am Mittwoch nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags Wollstube, die Krankenversicherung auch auf das Gelände und die landlichen Arbeiter auszuweiten, den 1. in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Die Abgeordneten Stadthagen und Heffels regten mit Unterstützung des Abgeordneten Vengmann die Aufstellung einer Kommission über die bisher eingeführte finanzielle Regelung der landlichen Arbeiterversicherung an.

Der naive Chinese. Manrikan ist bekanntlich von Deutschland nur auf 14 Jahre gemacht worden. Als Anfang Dezember 1902 zum ersten Male der Gouverneur der Provinz Schantung, Uchuru, als Gast in Peking anwesend, wurden auch die Kaiserin und die Prinzessin von Sibirien zugegen. Dabei drückte General Wei, der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in Schantung, seine Bewunderung darüber aus, daß man denartig Verleumdungen getroffen habe, einen Mord zu verüben, der nur auf 14 Jahre geurteilt worden sei.

Der bisherige polnische Reichstags-Abgeordnete für den Wahlkreis Polen, Rechtsanwalt von Chydzanowski, hat die Kandidatur für seinen bisherigen Wahlkreis abgemeldet.

Kauten-Dettel ist im 6. Wahlkreis, nachdem der Kandidat von dem Wahlkreis wieder zum Kandidaten nominiert wurde, von der General-Versammlung des Konfessionellen Vereins an

Freiburg und Umgebung freisinnig wieder als Kandidat aufgestellt worden. Die Konfessionellen stimmen der Kandidatur gleichfalls zu. Die Nationalliberalen müssen ihre Zustimmung. Die Nationalliberalen sind die Hauptstütze.

Die „antirevolutionäre Wahlvereinigung“ ist beauftragt worden, eine Kandidatur für die Wahlkreise des Ultramontanismus bei den politischen Wahlen, der 400 Unterschriften trägt. Bei den Unterschriften ist auch die Parteistellung beizubehalten. Die Unterzeichner sind teils konfessionell, teils freisinnig, teils nationalliberal, antirevolutionär und Anhänger der freisinnigen Volkspartei.

Im Wahlkreis Jülich i. B. wurde von einer Wahlkreis-Konferenz einmütig Genoffe Segis wieder als Reichstags-Kandidat aufgestellt. Segis bemerkte, er könne sich nur schwer zu diesem Schritte entschließen, da seine Gesundheit nicht die beste sei und die Ausfüllung zweier Mandate zu große Anforderungen an ihn stelle, da aber der Kreis noch nicht so fest für und sei, daß ein Kandidatenwechsel ohne Einfluß bliebe, sei er bereit, nochmals zu kandidieren.

Die freisinnige nationalliberale Einigkeit. In Königsberg i. Pr. hat der nationalliberale Wahlverein beschlossen, für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, Rechtsanwalt Gylling, im ersten Wahlgang einzutreten. Gegenwärtig wird Königsberg durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Haase vertreten.

Antisemitische Kandidatur. Im Kreis Garnitau-Fleisch-Colmar ist der antisemitische Zeitungsvorleger Bruhn als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Die Kreis-Delegierten-Versammlung der Freisinnigen des 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises stellte als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl einmütig den Konstabler Dierbach auf. Der bisherige Vertreter des Wahlkreises, Abgeordneter Haenel, hatte eine Wiederwahl abgelehnt. — Unter Kandidat ist Vegien.

In Gengen wurde der Abgeordnete Richter als freisinniger Kandidat neu bestätigt. In einer Wählerversammlung wiederholte Herr Richter die üblichen Versicherungen gegen die sozialdemokratische Politik. Gegenüber Ultramontanismus, der viel gefährlicher ist, als der „rote Geißel“, gegen das Zentrum, das alle realen Streiche der Agrarier mitmacht, ja sie erst durch seine Zustimmung ermöglicht, hat Herr Richter nach dem Bericht der „Freis. Ztg.“ nicht ein Wort zu sagen für gut befunden. Diese schweigende Zustimmung wird vom Zentrum sicher verstanden, wenn auch nicht belohnt werden.

Die Reichstagskandidaten sind aufgestellt: In Sangerhausen-Graßberge von den vereinigten liberalen Parteien Pastor a. D. Reiche, nationalsozial; in Jena-Reinhardt, jetzt durch Abg. Baffermann vertreten, vom Bunde der Landwirte Bürgermeister Gottschall-Gengesfeld; in Friedberg-Übungen (Hessen) von den Nationalliberalen Abg. Graf Orsola!

Das Kriegsgericht der 1. Division in Königsberg verurteilte den Leutnant Steinhilber wegen Mißhandlung von Untergebenen zu neun Monaten Gefängnisstrafe.

Ausland.

Der Kampf um das Koalitionsrecht in Holland ist in vollem Gange. Die erste von den christlichen also „antirevolutionären“ Arbeitervereinen in Amsterdam abgehaltene Versammlung nahm einen unerwarteten Ausgang. Als Sprecher trat das christliche Arbeiterkomitee auf. Die Sozialisten gewannen jedoch die Oberhand, man nahm eine Resolution gegen die Streikgesetz-Entwürfe an und erklärte sich zum Aufstand bereit.

Die Interpellationen Streifitz und Rees, betreffend das Truppenaufgebot und den Streik, werden voraussichtlich morgen in der Kammer zur Verhandlung gelangen. Der nächste Sonntag ist von den Sozialisten als allgemeiner Protesttag gegen die Streikgesetze proklamiert worden; in 40 Städten sollen Meetings abgehalten werden.

Die Fassung der bei dem letzten Aufstand der Eisenbahngesellen zusammengedrängten Regierungsvorlagen in den Händen der zweiten Kammer liegt, daß die liberale Minderheit gleich der Reichstags die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen billigt, daß sie aber in der Richtung, die vorgeschlagene Entwürfe werde zur Wiederherstellung und Erhaltung der Ordnung beitragen, sich dem Ausstands-Berbot widersetzen werde.

Die fünfzigjährige Jubiläumfeier der Wapp-Gründung ist in Rom zu großem Feiern und unter gewaltigem Jubel begangen worden. Auf die Entfaltung unerschütterlicher, die fünfzigjährigen Wappen feiernder Bruch verweist sich die katholische Kirche bezieht noch als irgend eine weltliche Autorität. Wenn schon in und in Deutschland die Feiern eines Reichstags den

Charakter eines Jubiläumsgesanges annimmt, so kann man sich das an Präzedenzfällen mit der römischen Kirche höchstens die latvise Jubiläumfeier im Januar dieses Jahres erinnern. Die Nachfolger des Stifter des Jubiläum, der nicht hatte, wozu er sein Haupt konnte, denken über den irdischen Glanz wesentlich als der himmlischen anstößig aus Nazareth.

Die „Unter-Orten“ von Nancy. Der Appell von Nancy hat nunmehr in der Klage von Frankreich gegen die Kongregation der Unter-Orten das Urteil. Die Ordensgesellschaft würde zu einem Schaden von 10000 Francs sowie zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. In den Motiven wird gesagt, es sei Frankreich gelungen, den Wahrscheinlichkeitsbeweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Es handelt sich bekanntlich hier um das Kloster, im Jahre 1877 als Waise in das Wahlkreis-Gebiet Unter-Orten aufgenommen wurde, und welches dort gleich Lebensgefährten bei der Wärserei und anderen Missethaten maßgebend geworden ist, daß sie das Gebot verlorren hat.

Deutscher Reichstag.

278. Sitzung. Mittwoch, den 4. März. — 1. Am Bundestisch: Schulz, später Budde. Die zweite Beratung des

Etat des Reichseisenbahnansatz

wird fortgesetzt. Abg. Stöcker (wiltfons) wünscht bessere Fürsorge für Witwen und Waisen der Eisenbahnarbeiter und Beamten. Die Budde den Bahnarbeitern die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Verbänden verbietet, wird von den christlichen Arbeitern begrüßt. Auch daß Herr Budde zu Kaisers Geburtstag Arbeiter zum Feste einladet, berührt ihn (Bravo! rechts).

Abg. Stöcker (Soz.) führt einen Fall aus Dresden an, Bremer, namens Weise, in seinem Koalitionsrecht bechränkt. Eine Herabsetzung der Gütertarife halte ich für wünschenswert. Hoffentlich wird auch der alte Wunsch nach Reform der Periarife halb erfüllt.

Sächsischer Bundesratsvollmächtiger Graf Hohenthrer, daß der Beamte Weise wegen seiner sozialdemokratischen Zeitung entlassen sei. Er sei gekündigt, weil er Beamten des sozialdemokratischen Eisenbahnverbandes sei.

Abg. v. Karstorf (Ab.): Der Graf des Herrn Budde sich nur gegen sozialdemokratische Verbände, die stets die über den Betrieb erlangen wollen.

Abg. Schmidt-Krausfuß (Soz.) führt Beschwerde darüber an, daß die Angehörigen der Frankfurter Bahnhofstation durch Unterschreitung eines Mindestes gezwungen wurden, auf die geforderte Mühezeit zu verzichten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bittet den Präsidenten des Reichseisenbahnansatz, sich auch der Angehörigen der Bahnhöfe annehmen, die bis spät in die Nacht arbeiten müssen, die bis spät in die Nacht arbeiten müssen, die bis spät in die Nacht arbeiten müssen.

Abg. Stöcker (Soz.) kommt auf den Fall Weise zurück. hat dem Manne vorgeworfen, daß er die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ geleitet habe. Welche Zeitung soll denn ein Arbeiter lesen? (Lärm b. d. Soz.: „Kriegs-Zeitung!“) Herr Weiser heißt es, daß die Sozialdemokraten republikanischer sein sollten, daß sie nicht in Staatsdienst beschäftigt werden dürften. Sie sind Sie (nach rechts) in der Schweiz schon oft von republikanischen Schaffnern gefahren worden. (Beifall und sehr gut. b. Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird ebenfalls der Rest des Etat.

Es folgt der Rest der

Verwaltung der Reichseisenbahnen

Abg. Riff (Soz. b. fr. Sp.) fragt den Minister, ob nach ihm im preussischen Abgeordnetenhaus entwickelte Grundsätze für die Reichseisenbahnen gelten lassen würde. würde sich vielleicht empfehlen, die eisenbahnräumlichen Bahnen preussischen Eisenbahnministerium loszutrennen und Reichseisenbahnen zu unterstellen, um diesem einen selbständigen Wirkungsbereich zu geben. Redner spricht die dringende Bitte die z. T. wenig betriebenen Gebalts- und Arbeitsverhältnisse Angehörigen der reichsständischen Bahnen einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Abg. Haack (Soz.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an. Der neue Minister, der im preussischen Abgeordnetenhaus mit Lebensschmerzen begrüßt ist, kann auf seiner Eigenschaft als Chef der Reichseisenbahnen bestehen, sein Bureau nicht ist. Die Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend notwendig; man muß bedenken, daß die Vorkämpfer immer mit einem Fuß im Grabe, mit dem anderen im Gerichtssaal stehen.

Aus aller Welt.

Die Kohlenarbeiter können lernen, was sie von den Bergbauern zu erwarten haben. Die „Freis. Ztg.“ erzählt, daß in den letzten Tagen von Döhlen, im Tage des 19. März haben die Kohlenarbeiter, in romantischer Gegend des sächsischen Erzgebirges, eine ungewöhnliche Bewegung von mehreren Tausenden mit Jubel in die Gegend eingeschoben, die seit 1886, wo diese Arbeiterbewegung von dem Sozialdemokraten „Kraus“ wurde, die ersten Schritte zu ihrer Organisation gemacht wird. Die Arbeiter sind eine junge Partei, die ihm nicht weniger als zwölf Millionen Mark. Die der Zeit werden in der Gegend, in der die Kohlenarbeiter die ersten Schritte zu ihrer Organisation gemacht wird. Die Arbeiter sind eine junge Partei, die ihm nicht weniger als zwölf Millionen Mark. Die der Zeit werden in der Gegend, in der die Kohlenarbeiter die ersten Schritte zu ihrer Organisation gemacht wird.

Einem jehuden Storch gibt es in dem Dorfe Tiefwerder bei Spandau, der jetzt im Winter in einem Stalle lebt. Sein Erwerb besteht aus dem Fischen und Töten des jehuden Storch. Er wird gewöhnlich in der Gegend von Spandau gefangen, wo er jetzt selbst nicht fangen kann, von einem Herrn erhält. In dieser des Storches letzten Beruf nachzugehen, so kann man den Storch oft in der Gegend von Spandau gefangen sehen, der den Storch seines Herrn hat. Sicht er seinen Herrn, so läuft er ihm mit einem Sprunge entgegen und bekommt dann die nicht lebend gefangen. Die die er nicht mit großer Eile verflüchtigt. Eine Freude ist es, zu sehen, wie der Storch aus dem ganzen Dorfe für den Storch herbeiläuft, wenn er ihn sieht, und, wo irgend Vieh gefangen wird, die Gegend herum, was hier jedoch alles mit gewissen Maßnahmen erreicht, um auch nach genauer Untersuchung darüber heranzufinden. Ist er einmal lange nicht gekommen, so geht er sogar in die Höhe.

Ein furchtlicher Schmetterling. Der russische Fürst Alexioff wurde in Gorki, das er auf der Durchreise nach Moskau in einer Gegend verweilt, auf die Kunde eines furchtlichen Schmetterlings bei der Jagdabfertigung in Wladimir, welchen er bereits den Jochraum verfallen hatte, nochmals gefangen und genau untersucht: dabei fanden die Forscher einen furchtlichen, am Körper verflochten fünf bis sechs Zentimeter langer, aus Gesehnen des furchtlichen Schmetterlings bestehende furchtlichen Schmetterling. Die furchtlichen Schmetterling besteht aus einem furchtlichen Schmetterling, das er auf der Durchreise nach Moskau gefangen worden. Die furchtlichen Schmetterling besteht aus einem furchtlichen Schmetterling, das er auf der Durchreise nach Moskau gefangen worden.

Der wiedereingekommene Gasse. Der Herr von „Habel und Hund“ verweigert, der furchtlichen Gasse, ein furchtliches Gasse, an eine Karte zu senden, die Gasse von einem Gasse zu erhalten. Gasse Loges hat ein Engländer zu einem Gasse zu sagen: „Wenn Sie, daß in der Welt kein Gasse ein furchtlicher Gasse?“

„Wenn ich die Wahrheit sagen soll“, erwiderte Kenan, ich gefehle, daß ich so genau in der Bibel nicht Bescheid weiß. können aber nachsehen.“

Und er nahm eine hebräische Bibel aus dem Bücherstich unter den Speisevorboten und fand den Vers: „Den sollst Du nicht essen, obwohl er ein Wiederkäufer ist.“

„Rein Zweifel!“ Hier steht, daß der Hase ein Wiederkäufer. „Das genügt mir“, sprach der Engländer. „Ich bin Astronom noch Geologe, noch Mathematiker. Von Gassen, nicht verheere, rede ich nie. Aber ich verheere etwas von der Naturgeschichte und du lasse ich mich auch von der Bibel ein wenig reden. Als Naturforscher kann ich Ihnen sagen, daß der Hase zu den Wiederkäufern gehört. Wenn also die Bibel das behauptet, so ist das ein Irrtum, und da ein Irrtum ein Frucht der göttlichen Offenbarung sein kann, habe ich die Bemerkung, daß die Bibel kein von Gott eingegebenes Buch. Das möchte ich mir konstatieren. Adieu, Herr Kenan!“

Litteratur.

Einem zusammenfassenden Schluß u. z. das Modell Lesmanierbuches nach dem Original im Kaiser Museo da J. des Plantes bringt als neue überraschende Sonderbeilage die originalen Illustrationen reiche neue Publikation Hans Kraus „Weltall und Menschheit, Geschichte der Erforschung der Welt und der Verwertung der Naturkräfte“, (Deutsches Verlagsgesellschaft u. Co., Berlin und Leipzig) mit dem jedoch zur Ansicht langten Heft 26. Mit wenigen Handgriffen kann dieses Buch beigebrachte Klappmodell in einen plastischen Schluß umgewandelt werden, dieser einzelne Teile so präzis gezeichnet sind, daß selbst geringfügige Anthropologen daran alle erforderlichen Messungen vornehmen können. Die Abbildung der hier zum ersten Mal zum Anschauen brachten Idee dürfte namentlich für Unterrichtszwecke noch von großem Bedenken werden und wir empfehlen sie deshalb namentlich im Lehrern auf das angelegentlichste. Außer dem Klappmodell enthält die neuen Heft 25 und 26 noch eine Fülle des interessanten Stoffes u. z. die Abchnitte 3, 4 und 5 der glänzenden Arbeit Gelehrter Anthropologen Prof. Dr. Hermann Kraus, denen besonders Kapitel 4 „Die Herkunft der Drachen (Sagen und die Anfänge der Götter)“ und Abschnitt 5 „Die Entstehung des Menschen in der Reihe der Säugetiere“ eine große Anzahl Forschungsgegenstände enthält.

Preussischer Eisenbahnminister und Chef der Reichseisenbahnen
Budde: Ich danke den beiden Vorrednern für die Anreden, die ich wohlwollend prüfen werde. Ich bin Reformen keineswegs grundsätzlich abgeneigt; bin aber der Meinung, daß diese Reformen sich nicht auf Preußen allein beschränken darf, sondern auf einer Vereinbarung aller deutschen Eisenbahnverwaltungen beruhen muß. Ich bin auch zu einer Personalreform bereit, falls sie kein den Staatsfinanzen verderbliches Experiment bedeutet. — Wie würde ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Staatsmann gegenüberstehen, wenn ich Ihnen sagen wollte, ich sei ein Reformator, der in acht Monaten derartige Reformen durchführen könnte? (Heiterkeit links.) Sie würden das ganze Vertrauen zu mir verlieren. (Sehr richtig! rechts.)

Was das Verhältnis des Chefs der Eisenbahnverwaltung zu seinen Arbeitern betrifft, so möchte ich es für meine schönste Pflicht, für das Wohl meiner Arbeiter Tag und Nacht (Ausruf links: Na, na!) einzutreten, soweit meine Kräfte reichen. Das ist mir auch im Abgeordnetenhaus von allen Seiten bestätigt worden. (Heiterkeit links.) Sie können es im Stenogramm nachsehen. (Bravo! rechts.) Alle kann ich nicht zufrieden machen, aber alle Klagen werden die Wirkung haben, daß ich auf neue Verbesserungen bedacht bin. — Wenn die Presse von mir behauptet, daß ich den Arbeitern und Beamten das Koalitionsrecht nehme, so ist das völlig unrichtig. Wir haben eine herrliche Klassenorganisation in der Eisenbahn, die darin besteht, daß der letzte Streckenarbeiter und der Minister an einem Strang ziehen. (Lachen links.) Ich bin ebenfals Arbeiter, wie jeder Bahnwärter und jeder Streckenarbeiter. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Bernstein (Sozialdemokrat):
 Selbstredend stimmen wir allen Forderungen bei, die von anderer Seite inbetriff der Beamtenversorgung und der Tarifreform erhoben werden. Ich habe indessen nur darum das Wort erheben, um über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter zu sprechen. Die Rede, die der Herr Minister eben gehalten, machte mehr den Eindruck einer Fehdrede, als einer Rechtfertigung. (Unruhe rechts, sehr richtig! bei den Soz.) Herr Stöcker erklärte, es sei die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter, der Erlaß des Koalitionsrechts eine Koalitionsfreiheit aber, die den Arbeitern vorschreiben will, welchem Verbande sie angehören sollen, das ist keine Koalitionsfreiheit mehr, sondern nur eine Beschränkung. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Breslau hat mich ein Eisenbahnarbeiter unter vier Augen — er war sehr geschäftig — inständig gebeten, doch ja die Interessen der Eisenbahnarbeiter zu vertreten. In Glückstadt, wo jüngst mein Kollege v. Elm sprach, wurden die Fenster des Versammlungsorts offen gelassen, damit die Eisenbahnarbeiter die Vorträge hören konnten; sie getrauten sich nicht in die Versammlung herein. (Hört! hört! bei den Soz.) — Das wahre Koalitionsrecht besteht darin, daß man die Koalitionen nicht bloß duldet, sondern auch anerkennt und mit ihren Vertretern unterhandelt. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Koalitionen nicht vorhanden sind. Gerade die sozialdemokratischen Arbeiter erfüllen im Dienst vollkommen ihre Pflicht. — Sie, Herr Minister, können sich nicht vorstellen, was die Eisenbahnarbeiter der vollen Koalitionsfreiheit bedürfen, weil Sie, wie Sie selbst sagten, in den allpreussischen Traditionen aufgewachsen sind, weil Sie Militär sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solange, bis Sie den Arbeitern nicht das Recht gewähren, an eine Organisation einzutreten, die ihnen, den Arbeitern, paßt, und in der Spitze ihrer Organisationen Männer zu stellen, die ihre Interessen wahrnehmen, so lange werden Sie nur Fehldirektoren sein. Solange, wie das hier und im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt worden ist — Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Hamburger Verband einzulassen werden, solange ist das Koalitionsrecht der Arbeiter eine Lüge, die man sich schämen sollte, öffentlich auszusprechen. (Lachen bei den Soz., lebhafter Unruhe rechts.)

Vizepräsident Graf Stolberg langsam, sieht sich zunächst auf den einen, bald auf den anderen Schriftführer blickend, eine Weile wie hilflos um, lüftet dann heftig mit der Glocke und erklärt: Herr Abgeordneter, wenn Sie von einem Herrn Vertreter der verbündeten Regierungen behaupten, daß das, was er sagt, eine Lüge sei, so ist das unzulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung! (Beifall rechts.)

Abg. Bernstein (fortfahrend): Es ist so, wie ich sage: Unterdrückung der Agitationsfreiheit ergiebt nur Heuchler. Mit allen Verboten, mit allen Dienstklassen gen werden Sie nicht verhindern, daß der Sozialismus in die Reihen der Eisenbahner dringt! Hat doch auch in Russland die völlige Vorenthaltung des Koalitionsrechts nicht den Sozialismus ebenso am Don verbindert, der vom Militär unter blutigen Händen unterdrückt wurde. Der Reichseisenbahnamtspräsident sprach vom Kriegsfalle. Sie werden sich auf zufriedene Arbeiter weit besser verlassen können, als auf unzufriedene, die das tiefere Gefühl in sich tragen, daß ihnen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung, das gesetzlich zugestandene Koalitionsrecht vorenthalten werden. Wir können es dann das gute alte Eisenbahnamtsvertrauen anerkennen, wenn er den Arbeitern und Beamten seines Reichs das volle Koalitionsrecht gewährt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Minister Budde:

Meine Erklärung gestatte mir nicht, dieselben Ausdrücke wie Herr Vorredner zu gebrauchen, über das, worüber man verhandelt, daß ich den Eisenbahnarbeitern das Petitions- und das Koalitionsrecht nehme. Es giebt 1 1/2 Duzend Organisationen unter Eisenbahnern, Vereine der verschiedensten Art, von denen ich Petitionen und Deputationen entgegennehme. Ich protestiere gegen, daß mir nachgesagt wird, daß ich die Eisenbahner in ein Lavenloch pressen, daß ich bei ihnen den Despotismus einbringen will, wie er in der Arme herrscht, dagegen protestiere ich, daß ich die Eisenbahner zu Staatsbürgern zweiter Klasse mache und daß ich ihnen das Koalitionsrecht nehmen wollte. (Zu den Soz.: Das tun Sie ja!) Mit Parteipolitik habe ich gar nichts zu tun; ich habe noch nie in meinem ganzen Leben gewählt, weder zum Reichstage noch zum Abgeordnetenhaus. (Andererseits Gelächter links.) Das ganze Gerücht über mich ist dadurch entstanden, daß ich auf Anfragen in der Budgetkommission und im Plenum des Abgeordnetenhauses erklärt habe, ich Zustände wie in den Niederlanden in meinem Reich nicht haben werde. Mit Parteipolitik hat die Sache nichts zu tun. Wer die Eisenbahnverwaltung eintritt, geht mit derselben in den Vertrag ein; ich habe darauf zu bestehen, daß dieser Vertrag nicht einseitig, nicht der Eisenbahner die Treue, so ist es selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung gegen ihn das Recht der Kündigung hat. (Bravo! rechts.) Der Trennung des Einzelnen ist eine persönliche Sache zwischen ihm und der Verwaltung; aber ein Massenstreik, verbunden mit Kontraktbruch, ein Streik, den die Maschine still, dann kann ich den Betrieb nicht führen, dann kann ich meine Verträge mit den Reisenden nicht halten. Wenn nun eine Vereinigung antwortet, ihre Aufgabe ist Eisenbahner zu organisieren, um unter Umständen eine solche Streik für das Vaterland herbeizuführen, dann ist es meine Pflicht, unter Handhabe, einer solchen Vereinigung entgegenzutreten und sie zu verbieten. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Parteipolitik ist dabei gar keine Rede; ich würde gegenüber jeder Partei gleichmäßig entgegenzutreten, die eine Organisation unter den Eisenbahnern betreibt, in der Absicht, eine Einigung des Eisenbahnbetriebes herbeizuführen. Das aber der Hamburger Verband eine solche Absicht hat, und daß ich von ihm sagen darf, er bricht die Treue, das habe ich nicht aus den Fingern gezaubert, kann ich Ihnen aus dem Organ des Verbandes, dem

„Werk“, beweisen. — Redner verliest Stellen aus dem „Werk“ (Es werden darin v. a. Eisenbahnschiedsgerichte gefordert (Heiterkeit rechts); die auch über Disziplinarstrafen entscheiden sollen (Ausruf links: Bravo! rechts). — Wenn wir uns gegen solche Forderungen (Bravo! rechts). — In „Vorwärts“ heißt es, ohne Streikrecht sei weder man gewöhnt den Eisenbahnen das volle Koalitionsrecht überlassen, noch man degradiert sie zu rechtlosen Sklaven.“ (Lebhafter Beifall. Soz.) — Es wird ferner dort von einem „System Budde“ gesprochen. Dagegen muß ich protestieren; ich habe alle Erlasse von meinem Vorgänger übernommen, ich bin sogar in der glücklichen Lage, daß ich noch niemals habe einschreiten brauchen, weil die Treue und die Gefinnung unter den Eisenbahnern, was rechtlich ist. (Bravo! rechts.) Der „Vorwärts“ behauptet, weiter, daß der Gesetzentwurf der holländischen Regierung über die Eisenbahndienst der Anrechnung der preussischen Regierung seine Entschiedenheit verdaute. (Große Heiterkeit rechts.) Ich will zugestehen, daß unter den 350,000 Angestellten in Preußen und den 16,000 Arbeitern in Elsaß-Lothringen sich unzufriedene befinden. Herr Vorredner ein könnte selbst das Ganze leiten, dann würde es auch unzufriedene geben. (Heiterkeit rechts.) Alles Menschenwert ist nun einmal Stückwerk. Wie wenig schematisch ich in meinem Refort vorgehe, können Sie daraus sehen, daß ich den Hamburger Verband in Elsaß-Lothringen nicht verboten habe, weil er dort noch gar keine Fühlung hat. So mögen gleichsam 2 Seelen in meiner Brust. (Heiterkeit links.) Mein Vorgänger hat auch nicht die Koalitionen unter den Werkstättenarbeitern verboten, obgleich dieselben nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Es handelt sich einfach um die Frage: wer soll Herr sein im Eisenbahnbetrieb? 1870 brachte unser großer Strategie Molke es fertig, in elf Tagen 300,000 Mann an die Grenze zu werfen. Noch größere Aufmärsche stiegen uns in dem nächsten Kriege bevor. Das Protokoll des letzten Gewerkschafts-Kongresses, in welchem auf eine internationale Vereinigung unter den Eisenbahnern hingewiesen wird, beweist, wie sehr Vorwärts am Platze ist. Wir dürfen nicht Zustände blas greifen lassen, wie sie leider in Holland existieren. Ich habe alles dies ausgeführt, damit die Eisenbahner wissen, wie ihr höchster Chef über diese Frage denkt. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Leinenweber (soz.) wünscht bessere Bahnverbindungen von der Pfalz nach Elsaß-Lothringen.
Geheimrat Stöcker sagt Verächtlichkeit zu.
Abg. Köllinger (Soz.) bringt eine Anzahl lokaler Eisenbahnwünsche vor.

Abg. Berner (Anti): Die Ausführungen des Abg. Bernstein klingen, als ob die Eisenbahnarbeiter Sklaven wären. Der Minister denkt gar nicht daran, den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern. Das der Minister ein gutes Herz für seine Arbeiter hat, hat er uns ja wiederholt erklärt. Besonders Verdienstvoll war, wie ich neulich in der Zeitung las, ja auch als immerhin ein Recht, sich hier der Interessen der Eisenbahnarbeiter anzunehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Camp (Soz.): Der Staat hat viele Millionen aufzuwenden, um die Pöbelle der Arbeiter auf die jetzige Höhe zu bringen. Eigentlich gehören ja die Breslauer Verhältnisse des Abg. Bernstein gar nicht hierher. Es ist überhaupt bedauerlich, daß Herr Bernstein in Breslau gewährt wurde. (Heiterkeit bei den Soz.) Aus dem Umstande, daß ein Lokomotivführer seinen Sohn studieren lassen kann, geht doch hervor, daß es den Vätern nicht so schlecht gehen kann. (Lebhafter Widerspruch b. d. Soz.) Gewiß giebt es bei den Eisenbahnen berechnete Beschwerden. Aber was giebt es solche Inzidenzen, wie bei Ihnen (zu den Soz.)? Der sozialdemokratische Wäurerverband behauptet, daß diejenigen, die arbeiten wollen, beschäftigt werden. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen den Arbeitgebern vorschreiben, welche Arbeiter sie beschäftigen dürfen, und welche nicht beschäftigen dürfen. (Gelächter b. d. Soz.) Jeder Arbeitgeber hat das Recht, sich seine Arbeiter auszusuchen. Herr Bernstein beschwerte sich über die Entlassung eines Vertrauensmannes des Hamburger Verbandes. Würden Sie (zu den Soz.) einen Vertrauensmann des Bundes der Landwirte in ihren Reihen dulden? Der selbe sofort hinaus. Sie wären ja auch beinahe hinausgeschlagen, Herr Bernstein! (Große Heiterkeit und sehr gut! rechts. Unruhe b. d. Soz.) Wir haben volles Vertrauen zu der Verwaltung der Eisenbahnen, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (wiltlib.) bittet den Minister um Auskunft über die Verbesserung der D-Wagen.
 Minister Budde erklärt, die Verbesserungen seien soweit entschieden, daß Verunglückungen von Personen jetzt fast ausgeschlossen sind.

Abg. Bernstein (Soz.): Der Minister hat bestritten, daß er das Koalitionsrecht beschränke. Wenn er aber das Recht hat, einzelne Vereine zu verbieten, dann besteht kein Koalitionsrecht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt, denken die Arbeiter gar nicht an Ausstände. Die Jurist des Ministers vor einem Massenstreik ist also unbegründet. Es ist richtig, daß die Eisenbahnarbeiter nicht unter die Gewerbeordnung fallen, sie haben aber wie alle Staatsbürger volle Vereins- und Versammlungsfreiheit und damit das volle Koalitionsrecht. Den Ausstand betrachten die organisierten Arbeiter nur als ultima ratio. Wenn die Eisenbahnarbeiter sich als vollberechtigte Bürger fühlen, ist absolut nicht zu fürchten, daß sie den Dienst verweigern würden. Fühlen sie sich nicht zufrieden, wie will der Minister sie zwingen, ihren Dienst zu verrichten? Herrn Camp erwidere ich, daß gerade, weil das Geld zum Studium nicht vorhanden war, ich darauf verzichten mußte.

In unserer Partei herrscht vollste Freiheit. Wer ihre Grundsätze anerkennt, tritt ihr bei, wer nicht, bleibt draussen. Der Eisenbahnarbeiter aber verkauft seine Arbeitskraft dem Staate und wir müssen dagegen protestieren, daß er mit dieser Arbeitskraft zugleich seine Lebensgrundlage verkauft. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Arbeiter wollen nicht das Wohlwollen des Ministers, sie wollen Rechte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es muß endlich ein anderer Weg eingeschlagen und auch den politisch anders denkenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel „Chef des Reichsamts“ wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel. Beim Titel „Beschaffung von Betriebsmaterial“ fragt Abg. von Sadiq (Soz.) wie weit die Vorarbeiten für die Einführung des elektrischen Lichtes in den Eisenbahnwagen gediehen seien. Die unter dem Wagen befindlichen Gasometer bieten eine große Explosionsgefahr. So ist vor kurzem auf einem Berliner Vorortbahnhof ein solcher Gasometer explodiert, wobei mehrere Arbeiter verwundet wurden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Darauf vertagt sich das Haus.
 Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Justizetat, Etat des Reichsschatzamt.)
 Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Zimmer mehr Licht dringt in das dankte bayerische Schwabensland. Jetzt wurde auch in Gungzburg eine Sektion des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg gegründet, nachdem erst auch in Kriegshaber eine solche zu Stande kam. Die Sozialabteilung in Goppingen, einem Städtchen mit bedeutender Maschinenindustrie, hat das Resultat gezeitigt, daß auch dort demnächst ein Ausschuss des Sozialismus gegründet werden kann. — Vorwärts auf der ganzen Linie!

Arbeiterbewegung.

Wagennutzen. Gegenüber der Behauptung des Abgeordneten Schulz im Landtage, das Wagennutzen im Ruhrgebiet sei gar nicht so schlimm, teilt die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund mit, daß im November v. J. auf Besche Minister Rheinbach, Firma Stumm, gelährten worden sind. Die Leute haben also beinahe die Hälfte ihrer Arbeit umsonst machen müssen.

Im Steinbruchbetriebe von Köhler in Methen sind 60 Schleifer, Steinmehrer und Plastersteinbauer in den Streit eingetreten. Die Ursache der Arbeitsniederlegung sind Lohnreduktionen.

Au dem Streik der Typographen in Rom sind 2000 Personen beteiligt; 689 arbeiten bis jetzt zu den neuen Bedingungen. Bewilligt haben alle Zeitungs- und 5-6 andere Druckerien. Die Unternehmer Organisation hat beschlossen, falls die Streikenden nicht sofort zur Arbeit zurückkehren, ihre Offizinen zu schließen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 5. März.

Ein Fall von allgemeiner Bedeutung. Zu diesem Bericht in Nummer 48 unseres Blattes sendet uns Herr Rechtsanwalt Schreiber-Breslau folgende Erklärung:

Die löbliche Redaktion erlaube ich im Interesse der Wahrheit, in der nächsten Nummer Ihrer geschätzten Zeitung meine nachstehende Erklärung zu veröffentlichen oder wenigstens dem Sinne nach wiederzugeben.

In Nummer 48 Ihres Blattes vom 26. Februar er. wird über eine Sitzung des hiesigen Stadtausschusses berichtet, in welcher ein hiesiger Hausbesitzer, den ich als Anwalt vertrat, die von ihm beantragte Schlichtungsentscheidung erhielt, obwohl das Königl. Polizeipräsidium mit Rücksicht auf die Vergangenheit der Ehefrau meines Klienten, welche auch eine Beitragung von einem Tag Haft wegen gewerksmäßiger Unzucht erlitten habe und unter förmlich polizeiliche Kontrolle gestellt worden sei, Widerspruch gegen die zu erzielende Genehmigung erhoben hatte.

In dem Bericht Ihres Blattes werden auch meine Ausführungen wiedergegeben, welche ich gegen diese Angaben des Königl. Polizeipräsidium vorgetragen habe. Insbesondere wird auch zutreffend mitgeteilt, daß ich bestritten habe, daß der vorkommende Polizeibeamtliche oder gerichtliche Strafbefehl vorangegangen, also die Ausführung zur Haft eine unbedingte gewesen sei.

Nachdem mir nun der hiesige Königl. Polizeipräsident Einsicht in die einschläglichen Akten des Königl. Polizeipräsidium gemahnt hat, erkenne ich an, daß diese Akten unrichtig erweisen, daß der Inhaftnahme allerdings ein auf einen Tag lautender Strafbefehl des Herrn Polizeipräsidenten vorangegangen ist. Dieser Strafbefehl ist der jetzigen Ehefrau meines Mandanten bei Gelegenheit ihrer protokolllarischen Vernehmung von dem fungierenden Beamten ausgeschrieben worden. Sie hat zu Protokoll darüber quittiert und gleichzeitig erklärt, daß sie sich bei ihm beurlaubt. Daraufhin ist sie ohne weiteres von dem Beamten zur Verhütung der Strafbefehl ausgeführt worden. Ihre Stellung unter förmlich polizeiliche Kontrolle erfolgte, nachdem sie sich der Uebertretung des § 361 Nr. 6 St.-G.-B. protokolllarisch schuldig bekannt hatte. Hier aber will sie in ihrer Entschuldigungsbeurteilung bestehen.

Diese Tatsachen will ich der Öffentlichkeit aus dem Grunde nicht vorenthalten, weil sie ergeben, daß den in Betracht kommenden Beamten der hiesigen Sitten-Polizei ein Vorwurf strafrechtlicher Charakter nicht trifft, wenn er die Inhaftnahme ausführt.

Die Ehefrau meines Herrn Mandanten hat durch ihr, wie sie es nach wie vor darstellt, von Angst und Bestürzung diktiertes Verhalten bei ihren protokolllarischen Vernehmungen sich die Vollstreckung der Haftstrafe sowie die Stellung unter Sittenkontrolle selbst zugezogen.

Der aus unrichtiger Information hervorgegangene Vorwurf gegen jenen Polizeibeamten, eine unbedingte und deshalb strafbare Verhaftung vorgenommen zu haben, ist also gegenstandslos, und steht ich nicht an, ihn mit Bedauern zurückzunehmen.

Breslauer Handwerkskammer. Die Breslauer Handwerkskammer liegt am 3. März im Gebäude der Landes-Verkehrsversicherungsanstalt unter dem Vorsitz des Schieferdecker-Vereinspräsidenten Dähndel die 5. Vollversammlung ab. Deren Präsidenten wählten der Regierungspräsident von Dolwede, der Regierungsrat Landmann und der Fortbildungsschuldirektor Heyer bei.

Der Syndikus der Kammer, Dr. Paeschke, erstattete den Geschäftsbericht pro 1902/03. Dieser bekräftigt den heutigen Stand des Handwerks als zufriedenstellend. Volkserziehung sowohl wie die Wünsche der Handwerker ein. Die Tätigkeit des Vorstandes sei eine große gewesen, da das Material sich sehr gehäuft habe. Viel Arbeit habe das Verordnungs- und das Prüfungsweien verursacht, weil immer noch Fehler vorkämen. Den Vorschriften werde einfach nicht nachgekommen, und so müsse eine strenge Kontrolle ausgeübt und Strafe angedroht werden. Das Lehrverhältnis zwischen Vater und Sohn sei immer noch nicht geregelt. Der Vorstand habe hierfür einer Revers einzuweisen wollen, wonach der Vater sich verpflichten sollte, seinen Verpflichtungen als Lehrmeister seinem Sohne gegenüber nachzukommen. Der Minister hat aber keine Genehmigung verfügt und so müsse der Vater, so wie alle Meister, einen vorläufigen Lehrvertrag mit seinem Sohne schließen. Die Kammer lasse bei den Lehrverträgen eine verkürzte Lehrzeit zu, jedoch nur bei ganz wichtigen Gründen. Als eine Hauptaufgabe erwachte der Vorstand das Gesellen- und Meisterprüfungsweien. Redner glaubt, daß der Bericht über die Prüfungen nicht sehr erfreulich ausfallen werde, es befänden da immer noch Mängel. Vielfach werden die Prüfungsmeister beklagt, wenn sie Lehrlinge durchfallen lassen. Das sei sehr zu bedauern. Die Meisterprüfung ist seit 17. April 1902 genehmigt. Seit dieser Zeit sind 66 Meisterprüfungen vorgenommen worden. In der Provinz kämen oft Fehler bei der Befragung der Prüfungskommissionen vor, in Breslau dagegen vollziehe sich dies ordnungsgemäß. Die Kammer sei genötigt gewesen, Strafanträge gegen Personen zu stellen, welche unedelmütig den Meisterprüfungen. Doktor Paeschke schilderte zum Schluß die wirtschaftliche Lage, die er als ungünstig hinstellte, der Großbetrieb verdränge den Kleinbetrieb. Doch liege für das Handwerk keine Ursache zur Entmutigung vor, Auswärts auf Bedung des Handwerks sei vorhanden. Der reelle Mann finde immer noch sein Fortkommen. Der Darbieter-Obermeister, Herr Köhler, begründete sodann folgenden Antrag: Bei Ueberleitung des dritten Exemplars des Lehrvertrages ist von Nichtnennungs-Mitgliedern für jeden Lehrling eine Einschreibgebühr von 1 Mk. an die Handwerkskammer zu zahlen. Ein Redner verlangte, die Gebühr auf 6 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wurde in der Sitzung des Antragstellers angenommen. Eine längere Debatte entstand über den Antrag des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

Gesellen, Gehilfen und gewerbliche Arbeiter, welche mindestens 25 Jahre hindurch ohne Unterbrechung bei demselben selbständigen Handwerker als Arbeiter beschäftigt waren, wird auf Antrag eine Ehrenurkunde von der Handwerkskammer verliehen. Im Namen der Gesellenvereine stellt Löffler Antrag: Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeitern nach 10jähriger Beschäftigung ein Diplom und nach 25jähriger ein Geldgeheimnis zu gewähren. Herr Obermeister Pruffog und andere Redner erklärten sich gegen den Antrag. Der Antrag wurde in der Sitzung des Vorstandes: Für Gesellen und gewerbliche Arbeiter Ehrenurkunden für langjährige Dienstzeit anzusetzen. Der Wortlaut ist folgender:

